

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
Tagblatthaus.  
Einkaufsbüro geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:  
Tagblatt Nr. 660-66.  
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonn- und  
Feiertagen: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugspreis: M. 2.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht. —  
Bezugsbestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der  
Stadt; in Biebrich; die dortigen Ausgabestellen u. in den benachbarten Landorten u. im Rheingau die  
betreff. Tagblatt-Lieferanten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks  
haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entsprechenden Zeitraums.

Anzeigenpreis für die Zeile: M. 1.— für örtliche Anzeigen; M. 1.50 für auswärtige Anzeigen; M. 4.—  
für örtliche Reklamen; M. 6.50 für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme un-  
abänderlicher Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Anzeigenannahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr  
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Abenden wird  
keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Sauerbrunnstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Montag, 19. April 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 182. • 68. Jahrgang.

## Die Probleme von San Remo.

Das Interesse der ganzen Welt ist in diesen Tagen auf San Remo gerichtet, wo die Minister des Verbandes zu einer Konferenz zusammengetreten sind, um über Zukunftsfragen zu verhandeln. Die hauptsächlichsten Beratungspunkte dürften die Abrüstung Deutschlands, die Währungsangelegenheit, der zukünftige Aufenthaltsort Wilhelms II., der Friede mit der Türkei, die Adriatische und die künftigen Beziehungen zu Rußland bilden.

Was sich in der letzten Zeit hinter den Kulissen im Untergrund abgespielt hat, kann man nur diplomatisch veranschaulichten. Von einer Veröffentlichung des englisch-französischen Notenwechsels wurde aus wohlweislichen Gründen Abstand genommen. Wie wir bereits am Samstag gemeldet haben, will nunmehr auch England ein härteres Vorgehen gegen Deutschland gutheißen. Die Entwaffnung Deutschlands wird voraussichtlich nach der Konferenz von San Remo mit energischeren Mitteln als zuvor betrieben werden. Zweifelsfrei hängt der beschlossene neue Schritt mit dem Verrat der Unabhängigen zusammen, der den Alliierten durch seine Besprechungen bei der Interalliierten Kommission in Koblentz eine mehr als willkommene Handhabe zu neuen Drängen auf völlige Entwaffnung Deutschlands gegeben hat.

Die Agence Havas stellt ausdrücklich fest, das englische Programm sei der französischen Regierung ebenso wie den übrigen beteiligten Regierungen als Unterlage für die Verhandlungen in San Remo mitgeteilt worden, die Aussprache darüber solle aber erst in San Remo erfolgen. Man darf daraus den Schluß ziehen, daß das englische Programm nicht nur die der Regierung des Deutschen Reiches zu stellenden Minimalforderungen enthält, sondern auch eine Richtschnur für die Alliierten selbst, über die bei der Anwendung von Zwangsmitteln gegen Deutschland von keinem der Alliierten hinausgegangen werden darf. Der „Lemur“ wendet sich bezüglich der bereits gegen den englischen Vorschlag, als einziges Zwangsmittel die Nahrungsmittelsperre gegen Deutschland ins Auge zu fassen, weil diese Sperre viel mehr die demokratisch gesunde Industriebevölkerung und das intellektuelle Bürgertum trafe als den Grundbesitz östlich der Elbe, der die Stütze der Militärpartei bilde und sich bei einer neuen Blockade zum Vorschein würde. Was den Inhalt des englischen Programms betrifft, so trifft wohl der „Lemur“ das Richtige, wenn er versichert, daß England bestimmte Forderungen vorschlägt für die Entlassung der deutschen Wehrmacht und die Auslieferung der Waffen, daß aber auch die Alliierten verpflichtet werden, sich an diese Forderungen zu halten und in keinem Falle auf eigene Faust vorzugehen.

Leben der Abrüstung Deutschlands bildet die türkische Frage einen der Hauptpunkte der Beratungen in San Remo. Außer über das Schicksal von Konstantinopel hatten sich in letzter Zeit auch über die Zukunft Syriens Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich herausgebildet. Es scheint nun, daß Frankreich bereit ist, in dieser Beziehung entscheidende Konzessionen zu machen, falls im England in der Wahrung seiner Interessen gegenüber Deutschland entgegenkommt. Aus dieser Tatsache kann man vielleicht auch den richtigen Schluß ziehen, warum England sich plötzlich an die Spitze der Aktion gegen Deutschland stellen will.

Selbstverständlich wird man in San Remo auch die künftigen Beziehungen zu Rußland besprechen. Russische Delegierte haben um Bewilligung an der Konferenz gebeten. Aber es sind nicht Sowjetleute, sondern Vertreter der russischen Konsumgenossenschaften. Das ist von großer Bedeutung. Diese Konsumgenossenschaften sind im Grunde der Revolution als tragende Säulen stehen geblieben. Man darf sie nicht nationalisiert, d. h. zugrunde gerichtet, weil sie sich bei der Arbeiterschaft großer Beliebtheit erfreuen. Und wenn es einmal auch in Rußland zum Umsturz kommt, werden sich die neuen Regierungsmächte wahrscheinlich an die Konsumgenossenschaften halten, um einen Rückhalt an den breiten Massen zu haben. Jedenfalls sind die Alliierten bereit, über die Wiederannahme der russischen Handelsbeziehungen endlich einen Beschluß zu fassen, und da man sich mit den offiziellen Bolschewisten nicht an den grünen Tisch in San Remo setzen kann, begnügt man sich vielleicht mit den Konsumern. Das schließt aber wiederum nicht aus, daß sich der Oberste Rat auch über die Anerkennung der Sowjetregierung schlüssig wird.

Man sieht also, an Problemen für die Konferenz von San Remo fehlt es nicht. Es wird aber eingehend verhandelt und abgeklärt werden. Schon heute aber darf als feststehend angesehen werden, daß Deutschland von den Beschlüssen in San Remo keine Erleichterung seiner schwierigen Lage, sondern im Gegenteil nur eine Verschlechterung zu erwarten hat. Wir werden also in Zukunft noch mehr wie bisher auf uns selbst angewiesen sein. Nur Ruhe im Innern und intensive Arbeit jedes einzelnen können uns Rettung und Besserung bringen. Die deutsche Regierung hat daher allen Anlaß, durch durchsichtige Unterbreitung aller Vorkommnisse den Alliierten jeden Vorwand zu neuen Einmischungsversuchen und Repressalien zu nehmen.

## Das Arbeitsprogramm der Konferenz.

Br. Bern, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Aus San Remo wird gemeldet, daß heute eine private Konferenz stattgefunden hat. Um 8 Uhr früh begab sich Mitterand zu Lloyd George und um 11 Uhr besuchten der englische und französische Ministerpräsidenten, um das Arbeitsprogramm der Konferenz festzulegen. Die Tatsache, daß die Südslaven nicht gekommen

sind, verminderte das italienische Interesse an der Konferenz um ein Bedeutendes. Das adriatische Problem wird demnach dort nicht gelöst werden. Im letzten Augenblick hatten die Südslaven erklären lassen, daß sie nicht fertig seien, da die offiziellen Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad noch nicht zum Abschluß gediehen wären. Die beiden großen Fragen der Konferenz bleiben: Die Entwaffnung Deutschlands und die Prüfung der dazu notwendigen Maßregeln. Aus diesem Grunde sind auch viele militärische Sachverständige angewandt u. a. Marschall Foch, General Willson und General Badoglio. Die andere Frage ist die türkische. Auf alle Fälle hofft man, daß die Konferenz in 8 oder 10 Tagen zu Ende sein wird.

Dz. Rom, 17. April. (Stein.) Die erste Frage, die auf der Konferenz in San Remo zur Sprache kommen wird, ist die türkische. Danach kommt die Abrüstung Deutschlands gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages zur Sprache. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Debatte über diese wichtige Frage ziemlich lang sein wird. Die Konferenz wird sich auch mit Rußland beschäftigen müssen, ferner mit der Adriatische.

Dz. San Remo, 17. April. An der Konferenz in San Remo werden auch die Kommandanten der italienischen, französischen und englischen Marine teilnehmen. Italien entsendet den Admiral Thaon de Revel, Frankreich Admiral de Savailleur, England Admiral Beatty. Die Admirale werden am Sonntag und Montag zusammen mit den Kommandanten der Landstreitkräfte eintriften, die von der Konferenz in der Rüstungsfrage zugezogen werden sollen.

## Erklärungen Mitterands.

M. San Remo, 18. April. Zwischen Rizza und Monaco empfing Mitterand in seinem Wagen für einige Augenblicke die Vertreter der Agenturen Haas und Reuter auf der Konferenz in San Remo. Der Ministerpräsident, der die Alliierten unterbrach, gab ihnen folgende Erklärung, wie er die Stellung der Vertreter der alliierten Mächte im Laufe der Verhandlungen, die in Italien herrschen, ins Auge faßt: „Ich billige vollständig die Erklärungen Lloyd Georges, die er der Presse gegenüber auf seiner Durchfahrt in Marseille machte. Wie er, so denke auch ich, daß Einigkeit und Mithilfe zwischen Frankreich und England notwendig sind, um die Früchte des Sieges, den wir zusammen gewonnen haben, zu erhalten. Ich bin sicher, daß nach einer genauen Besprechung aller Standpunkte der beiden Regierungen wir die herrliche Einigkeit wiederfinden, die uns während des Krieges so fest vereinte.“

## Die Kaiserfrage.

Dz. Basel, 17. April. Die Presseinformation meldet aus Paris: Die Konferenz von San Remo wird in einer besonderen Sitzung die Kaiserfrage erörtern. Wie verlautet, wird ein Mitglied der holländischen Regierung zugegen sein, um, wenn möglich, mündlich die Garantie der schärfsten Überwachung des Kaisers durch Holland zu geben. Die Kaiserfrage soll damit endgültig erledigt werden.

## Die Verkleinerung der Türkei.

Dz. Paris, 17. April. (Holländ. News-Bureau.) Die Konferenz in San Remo wird den in London vorbereiteten Vorschlag des Abkommens mit der Türkei ratifizieren. Die Türkei wird die Hälfte ihrer Einwohnerzahl verlieren. Sie behält neun Millionen Mohammedaner und zwei Millionen Christen. Einundsechzig Millionen Araber, Armenier und Griechen werden der türkischen Herrschaft entzogen. Die verkleinerte Türkei, die noch fortbesteht, wird unter genauer Kontrolle der Alliierten gehalten werden, so daß sie unter keinen Umständen künftig noch eine Gefahr darstellen kann. Nordwestarmenien wird ein unabhängiger Staat, und die Kurden werden Autonomie erhalten. Der türkische Teil von Thrakien wird an Griechenland gegeben. Das Hinterland von Adana und Adalia wird für Frankreich und Italien reserviert. Konstantinopel und die Meerengen werden internationalisiert.

## Vor dem Rückzug der Franzosen aus dem Maingau.

W. T. B. Paris, 19. April. (Drahtbericht.) Der nach San Remo gereiste politische Mitarbeiter des „Echo de Paris“, Verinay, meldet, die französische Regierung sei gebunden durch das Wort Dreyfus gegebene Versprechen, die französischen Truppen während des Rückzugs an dem Tage räumen, an dem die deutschen Truppen, die unter Verletzung des Friedensvertrages in die neuere Zone eingebrungen seien, zurückgezogen würden. Darüber hinaus aber sei Frankreich nicht gebunden und mit gutem Recht habe es den Beschluß desanonten, den die interalliierte Kommission, an deren Spitze General Rollet steht, getroffen habe. Es kann sich hierbei nur um den Beschluß handeln, die Truppen nach dem August-Abkommen, um dessen Verlängerung die deutsche Regierung gebeten hat, als Polizeitruppe nach Entscheidung des Obersten Rates dort zu belassen. — Der „Lemur“ meldet aus Frankfurt a. M., die französische Kavallerie, die die Zone besetzt habe, die sich vom Blüdenlopf Mainz ausdehne, sei zurückgezogen worden. Es verbleibe nur noch einige Dragoner in Hanau. Aberall erwiderte man die Angelegenheit, daß die Franzosen ihren Rückzug vorbereiten und sie nicht mit einer längeren Besetzung rechnen. — Das „Journal“ stellt fest, daß Italien bis jetzt noch nicht seine Zustimmung zum gemeinsamen Schritt der Alliierten in Berlin gegeben habe. Es fragt, ob etwa Italien vor der Bedrohung durch die Blockade zurückschrecke und gibt zu, daß die innere Lage in Italien auch nicht günstig, an wirtschaftlichen Zwangsmitteln teilzunehmen. Man vernehme Italien sehr, aber man müsse, so fügt das Blatt hinzu, die alliierten Interessen in Betracht ziehen.

## Die Nationalversammlung.

Dz. Berlin, 17. April.

Die Interpellationen Dr. Loerfeld wegen Eupen und Nammedin und diejenige Baerbocks wegen des Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen werden von der Regierung in den nächsten Tagen beantwortet werden.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs, betr. Änderung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Abg. Frau Jitz (U. S.): Die vorgeschlagenen Beihilfen sind ganz ungenügend bei den schmerzlichen Bedauern. Rednerin befürwortet entsprechende Anträge.

Der Reichsfinanzminister bezieht die Beträge, die durch einzelne dieser Anträge gefordert werden, auf mehrere Millionen. Es sei unmöglich, heute darüber zu beschließen.

Abg. Frau Schröder (Soz.) als Berichterstatterin betont, daß der Gesetzentwurf nur den dringendsten Notständen abhelfe. Mehr sei zurzeit nicht möglich.

Der Gesetzentwurf wird in der Ausschussfassung unter Annahme einiger Anträge Jitz angenommen. Weitere Anträge Jitz werden abgelehnt.

Es folgen Berichte der Ausschüsse für Volkswohlfahrt, für Petitionen und für soziale Angelegenheiten. — Der Gesetzentwurf, betr. die Wochenhilfe, wird noch in dritter Lesung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 3 Uhr: Dritte Lesung des Sozialgesetzes; Rüstungsversorgungsgesetz. — Schluß 9 1/2 Uhr.

## Die politischen Parteienfronten bei den Reichstagswahlen.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir: Aus der gegenwärtigen politischen Situation heraus werden sich bei den kommenden Wahlen folgende politischen Parteienfronten herausbilden: Der Reichstagsblock geht gemeinsam vor, aber er kann sich zerfallen, wenn die Wahlen etwa die Deutsche Volkspartei dazu drängen sollten, eine Koalition mit den Demokraten und dem Zentrum einzugehen. Die Demokraten nehmen ihrerseits Front nach links und rechts und stehen ziemlich isoliert. Von links her ist ihnen jede Stütze genommen, da die Sozialdemokratie gemeinsam gegen sämtliche bürgerlichen Parteien aufmarschiert. Das Zentrum hat inzwischen Fühlung mit rechts genommen. Ergeben die Wahlen einen sozialdemokratischen Wahlsieg, so sind sämtliche bürgerlichen Parteien in die Opposition gedrängt. In das aber nicht der Fall, so werden Demokraten und Reichstagssozialisten von neuem in Fühlung miteinander treten. Siegen die Rechtsparteien, so erscheint es wahrscheinlich, daß die Demokraten Anschluss nach rechts suchen. In diesem Falle würden die Reichstagssozialisten mit den Unabhängigen zusammen in die Opposition übertreten. Für einen derartigen Fall ist sogar schon eine Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien gedacht worden.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Von informierter Seite erfahren wir, daß die Reichstagssozialisten die Möglichkeit einer Wiederkehr der Koalition mit Zentrum und Demokraten für ganz ausgeschlossen halten. Die Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß es nach den letzten politischen Auseinandersetzungen zu einer endgültigen Trennung mit dem Zentrum gekommen ist. In der Schulfrage wird der alte Kampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum wieder entleben. Der demokratischen Partei sind die Reichstagssozialisten auch sehr stark abgeneigt, weil diese nach ihrer Ansicht in der Sozialisierungsfrage vollkommen verfehlt haben soll. Die Reichstagssozialisten wollen im übrigen Scheidemann wieder zu ihrem Führer erheben und glauben, daß seine Person auch bei den Unabhängigen noch Sympathien besitzt.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir hören, besteht in Zentrumskreisen die Absicht, bei den kommenden Reichstagswahlen wieder eine Listenverbindung mit den Rechtsparteien einzugehen. Damit soll angedeutet werden, daß die Zentrumspartei wieder Anschluss nach rechts sucht. Ob es zu einer Vereinbarung kommen wird, ist jedoch noch nicht bestimmt, da die ganze Angelegenheit noch in der Schwebe ist.

## Der Kampf um Roske.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, wird im mehrheitlich sozialistischen Lager einstimmig die Person Roskes gekämpft. Der sehr starke linke Flügel der Partei will unter keinen Umständen, daß Roske wieder als Kandidat aufgestellt wird. Die Anhänger Roskes ist gering, sie gibt aber den Kampf nicht auf, um ihn wieder in den Reichstag zu bekommen. Roske selbst gibt sich jetzt alle Mühe, um seine Parteifreunde davon zu überzeugen, was er für eine wertvolle Persönlichkeit ist. In den Fraktionsbildungen ist er jetzt einer der eifrigsten Redner, wobei er allerdings hohe und höchste Politik zu treiben sucht.

## Dr. Kösters Nachfolger.

Br. Hildesburg, 18. April. In Stelle des zum Amtministers des Außern ernannten Staatskommissars Dr. Köster ist der deutsche Konsul in Hildesburg, Dr. Wegner, zum deutschen Bevollmächtigten bei der internationalen Kommission in Hildesburg ernannt worden. Dr. Wegner wurde von Dr. Köster bei der internationalen Kommission eingeführt. Dr. Wegner hat im Gegensatz zu Dr. Köster, der auch gleichzeitig Staatskommissar für Schlesien-Holstein war, nur den Verkehr der deutschen Regierung mit der internationalen Kommission zu führen.

**Bedeutende Erhöhung der Posttarife am 1. Mai.**  
mz. Berlin, 17. April. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die am Samstagabend unter dem Vorsitz des Postministers Giesbert stattgefunden, wurden zunächst die Gesetzentwürfe über die Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sowie über die Versicherung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung angenommen. Hierauf wurden die neuen Postgesetze angenommen. Der braunschweigische Gesandte v. Boden berichtete über die Verhandlungen der Ausschüsse. Er wies auf das Defizit der Postverwaltung hin, das für 1919 1 1/2 Milliarden betrug und für 1920 auf 2 1/2 Milliarden geschätzt wurde. Angesichts dieser Sachlage sei die Erhöhung der Tarife eine Notwendigkeit. Das Porto für Postkarten soll auf 2 Pf. erhöht werden, für einfache Briefe auf 40 Pf. und für Briefe bis zu 20 Gramm auf 60 Pf. Die Sätze für Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben sind verdoppelt. Auch die Postgebühren für die Postanweisungsgeldern und die Gebühren für Zeitungen sind erheblich erhöht worden. Der Unterschied zwischen Orts- und Ferntelegraphen ist beseitigt, die Fortgebühr ist auf 2 Pf. festgesetzt, die Mindestgebühr für Telegramme auf 2 M. Die Fernspreckgebühren erfahren durchweg eine Erhöhung von 100 Prozent. Die Ausschüsse haben sich auch damit einverstanden erklärt, daß von den Fernspreckteilnehmern ein besonderer Kapitalbeitrag in Höhe von 1000 M. für jeden Hauptanschluß und von 120 M. für jeden Nebenanschluß geleistet wird. Weiter wurde angenommen, eine Änderung des Postgesetzes dahin, daß der bisherige Gehalt von 2 M. für das Pfand verloren gegangene Ware auf 10 M. erhöht wird. Sämtliche neuen Postgesetze und -Verordnungen sollen am 1. Mai in Kraft treten. Der Reichsrat stimmte ferner dem Gesetz zu über den Übergang der Post- und Telegraphenverwaltung von Bayern und Württemberg an das Reich. Bayern erhält für die Aufgabe seiner eigenen Postverwaltung vom Reich 500 Millionen und Württemberg 250 Millionen. Außerdem sind beiden Staaten gewisse Konzessionen auf organisatorischem Gebiet für die Zusammenführung der Behörden zugestanden worden.

**Eine französische Erklärung zum Mainzer Programm.**  
Dz. Basel, 17. April. Die „Nationalitz.“ erzählt aus Vevey, daß die französische Regierung demnach in Berlin eine Erklärung zu dem von der deutschen Regierung veröffentlichten Programm der französischen Offiziere abgegeben werde. Diese Erklärung werde sich voraussichtlich auf den gleichen Standpunkt stellen wie der des französischen Geschäftsträgers in Berlin, der erklärt habe, ihm sei nichts von dem Mainzer Programm bekannt. An maßgebender schweizerischer Stelle hält man jedoch an der Überzeugung fest, daß hinter diesem Mainzer Programm nicht nur die französische Heeresleitung unter Führung des Marschalls Foch, sondern auch einflussreiche Kreise der Pariser Regierung ständen.

**Zurückziehung der amerikanischen Truppen?**  
Bd. Koblenz, 18. April. Die hiesige amerikanische Zeitung „Amaroc“ meldet aus Washington, der Vorsitzende des Ausschusses für militärische Angelegenheiten, Kahn, habe im Repräsentantenhaus erklärt, die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, die Kosten der Unterhaltung für die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein weiter zu tragen. Diese Erklärung habe eine lebhafte Besprechung der Angelegenheit nach sich gezogen. Das Kriegsdepartement wolle vielleicht dadurch veranlaßt werden, die Verwendung amerikanischer Truppen am Rhein aufzugeben und sie zurückzuziehen.

**Ein Komplott zum Sturz der bayer. Regierung.**  
Dz. Berlin, 18. April. Die hiesige bayerische Gesandtschaft teilt mit: In letzter Zeit haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß in der Festungsbastion Nieder Schönfeld zum Sturz der Regierung und der Einführung der Räterepublik ansehnend ein weitverbreitetes, hochbeträgerisches Komplott geplant wurde. Das im einzelnen festgelegte hochbeträgerische Unternehmen sollte nach der Entwallung der Einwohnerwehr in Genscht werden. Eine am 17. April in der Festungsbastion Nieder Schönfeld bei den Gefangenen vorgenommene Durchsuchung bestätigte diese Verdachtsgründe. Die Untersuchung ist eingeleitet, die Öffentlichkeit wird über den weiteren Gang der Angelegenheiten unterrichtet.

**Der eiserne Ring.**  
Wien, im April 1920.  
Sind es erst 6 Jahre her? Um Wien, die Kaiserstadt, spannen sich die Eisenbahnschienen in unabsehbare Fernen, wie Millionen schimmernder, silberner gleisender Wasserarme, die alle in den großen Strom des Lebens münden und tragen die Menschen vom Osten nach dem Westen, vom Süden nach dem Norden, daß sie auf bequemen Rollen in Wien einschlagen und in Berlin, Budapest, Lier erwachen konnten. Donau auf- und abwärts führen die stählernen Dampfser, an all den mächtigen Städten und Orten vorbei, die sich im fruchtbaren Wiesentale oder eingekesselt zwischen Berg und Strom an den Ufern festgesetzt haben. Die Welt war von allen Seiten offen, und durch die blauen Verkehrsadern pulsierte ein reiches Leben, voll Fleiß und Schaffensdrang, voll Freude und Genuß.  
Heute umgibt Kirchhofstille die einstige Kaiserresidenz, und an der Quai dieses langsamen Sterbens erscheint das neuangelegene, brachliegende Eisenbahnhoch mit der Millionenstadt wie das Gerippe eines ausgebrannten Riesenturmes, tot und quodlibet, ohne Gegenwart und Zukunft. Nur der Entente-Schnellzug mit seinen hell erleuchteten Friedenswagen durchschneidet einmal in der Woche auf seinem Flug nach Worschau wie ein Geistesstrahl die Totenruhe, faßt mit wehenden Fahnen an den armenischen österreichischen Dummeligen vorbei, die irgendwo auf offener Straße mühsam weiterleben. Trotzdem sind die einst bei längeren Fahrten so verschwunden Personenzüge jetzt unfruchtbarer und unwidriger als früher die raschsten Expresswagen, bilden sie doch die einzige Möglichkeit, aus dem Wiener Elend heraus mit der offenen Welt in Verbindung zu treten. Da sie selten verkehren, oft nicht einmal wöchentlich, heißt die Zahl der Bewerber in letzterlei Verhältnis zum Raum, und so hat sich in Wien ein neuer schmerzhafter Schicksalsband mit Raststätten gebildet, der noch viel einträglicher ist als das Wachsen mit Butter und Eiern. Eine ganze Nacht stellen die Händler sich an. Abgehende Frauen mit Kindern, die auf Betten schlafen, und hohle Männer aus allen Gesellschaftsschichten und werden auf das Öffnen der Schalter am anderen Morgen um 8, 9, 10, 11 und 4 Uhr schon der Zukunft tiefenrot — jeder nicht den anderen, jeder Nachkommene den Vordermann mit misstrauischem Blick —, der da vor mir wartet, ist mein Feind,

**Die Lage im Reich.**  
Dz. Berlin, 17. April. Über die Lage im Reich wird amtl. berichtet, daß zweifellos eine größere Beruhigung eingetreten sei. Die Nachrichten, die aus Pommern gekommen sind, scheinen fast übertrieben zu sein. Es liegen keinerlei Meldungen vor, die auf eine Aufbruchbewegung größerer Teile auch nur hindeuten.  
Die Lage in Oberösterreich nimmt dagegen ein sehr ernstes Gesicht an. In Dornbirn ist die Bevölkerung sehr unruhig, so daß es mit Leichtigkeit zu Unruhen und Krawallen kommen kann. Solange Vorstände könnten in allerhöchster Zeit zu erwarten sein.  
Der Lage im Ruhrgebiet wird nach wie vor ernste Beachtung geschenkt. Essen ist ruhig. In der Gegend von Remscheid und Solingen befinden sich noch einige Tausend Mitglieder der Roten Truppen, die zum Teil aber langsam wieder zur Arbeit zurückkehren. Wilde Bänder scheuen Gefährdung durchziehen vielfach noch das platte Land und plündern kleine Bauernhöfe. Wie in sehr vielen Städten, so ist auch in Dagen die Waffenabgabe nach wie vor unabweisend.

**Höll in Marienbad verhaftet.**  
Dz. Dresden, 18. April. Vom Wehrereis Kommando 4 wird mitgeteilt: Nach übereinstimmenden Meldungen des tschechoslowakischen Grenzkommandos in Gradlitz und Prettinbach sowie der Militärpolizei in Eger ist Höll am 17. d. M. in Marienbad verhaftet und in das Kreisgerichtsgangenen Eger eingeliefert worden.  
Dz. Witten, 18. April. In der Verhaftung von Höll wird von der Volkspolizei Eger mitgeteilt: Höll verweigert jede Auskunft über seine Person. Er erklärt, erst vor dem Gerichtshof in Prag Rede stehen zu wollen. Durch Gegenüberstellung mit einigen anderen im Kreisgerichtsgangenen befindlichen Verdächtigten wurde jedoch seine Identität festgestellt. Es wurden bei ihm noch 130 000 M. vorgefunden. Mit ihm zusammen wurde ein Kommunist namens Weber festgenommen.  
Dz. Dresden, 17. April. Die Lage in südwestlichen Sachsen ist in der gestrigen Sitzung des Gesamtministeriums eingehend besprochen worden. Wegen der noch notwendigen militärischen Maßnahmen sieht die Regierung in Verbindung mit dem Wehrereis Kommando 4 die Streifenunternehmungen im Vogtland und wurden fortgesetzt. Insbesondere wurden Reichenbach, Kapschau und Eiserberg besetzt und mehrere Mitglieder der baltischen Brandkommission sowie andere Verbrecher verhaftet. Die Anordnung, die Waffen abzuliefern, wurde bisher nur in geringem Umfang befolgt.

**Wird Rapp ausgeliefert?**  
Br. Kopenhagen, 18. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Stockholmer Presse beschäftigt sich eingehend mit der Frage, ob Rapp ausgeliefert werde oder das schwedische Asylrecht genießen soll. Entscheidend hierfür sind die Bestimmungen des Vaggesetzes. Eine gesetzliche Bestimmung aus dem Jahre 1918 verpflichtet die Polizeibehörden, jeden Ausländer auszuweisen, der keinen gesetzlich gültigen Paß besitzt. Die Wähler nehmen im allgemeinen die Vorzeigung des falschen PASSES leicht und meinen, daß Rapp dafür nur zu einer Geldstrafe verurteilt werden könne. Entscheidend sei aber die Frage, auf Grund welcher Papiere er auch seine Aufenthaltserlaubnis bekommen sollte. Die Stockholmer Zeitung „Sozialdemokraten“ hebt hervor, daß das Asylrecht jedem politischen Flüchtling zukomme. Diese Aufhebung in Drantings Blatt spiegelt offenkundig die streng neutrale, weder von Antipathien noch Sympathien beeinflusste Haltung der schwedischen sozialdemokratischen Regierung wider.

**Der 1. Mai.**  
Bd. Berlin, 18. April. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Nationalversammlung beantragt, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu machen. Die demokratische Fraktion hat beschlossen, diesen Antrag abzulehnen.  
W. T.-B. Paris, 18. April. (Drahtbericht.) Wie das sozialistische Blatt „La Bataille“ mitteilt, erklärt der allgemeine Arbeiterverband zugunsten der Raiffeis einen Appell an alle Arbeiter. Man feiere den 1. Mai, so heißt es in dem Manifest, für die sofortige Rationalisierung der öffentlichen Dienste, Bodenreichtümer, für umfassende Amneistie, für das gewerkschaftliche Recht der Beamten und die sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland. Der allgemeine Arbeiterverband veröffentlicht ferner einen Protest gegen die Besetzung der Städte im Raingau durch französische Truppen, gegen die kolonialen Expeditionen, wie beispielsweise nach Surin, für die sofortige Entlassung der Jahresklasse 1918. Um der Welt zu beweisen, daß Frankreich den Frieden wolle, wird in dem Manifest für die Abrüstung in sämtlichen Ländern eingetreten.

**Der Streit in Oberschlesien.**  
W. T.-B. Breslau, 18. April. (Drahtbericht.) In der Streikangelegenheit ist heute die Entscheidung gefallen. Die Streikleitung sandte den Zementarbeitern ein Telegramm mit der Aufforderung, auszuharren. Morgen werden die Gruben- und Hüttenarbeiter in den Streik eintreten. Der Bund der technisch-industriellen Beamten wird sich ebenfalls anschließen. Die kaufmännischen Angestellten werden morgen berufen, ob sie in den Streik eintreten und werden wahrscheinlich am Dienstag die Arbeit niederlegen. Die Franzosen drohten den Eisenbahnern, falls sie den Eisenbahnbetrieb stilllegen sollten, die Grenze zu öffnen und die polnischen Truppen hereinzulassen. Es stehen tatsächlich große polnische Heeresmassen an der Grenze von Polen nach Galizien. Die polnische Berufsvereinigung, die den polnischen Mittelstand vertritt und in der Korfant Führer war, wendet sich von der polnischen Politik ab und steht geschlossen hinter den Deutschen. Das entschlossene Auftreten der Arbeiter hatte infolge von Erfolg, als der französische Kommandant die Offiziere, die sich an der Währungsreform beteiligen wollten, veranlaßte, sich zu entschuldigen. Es wurde den Währungsreformisten ein Schmerzensgeld von 1000 bzw. 3000 M. gewährt.

**Vermehrung der Postüberwachungsstellen.**  
Berlin, 18. April. Wie bekannt, sollen die Postüberwachungsstellen, die gegen Versuche zur Kapitalflucht aufrechterhalten werden, eine Vermehrung erfahren. Zu den bereits bestehenden 18 Postüberwachungsstellen und 8 Prüfstellen sollen fünf oder sechs neue hinzutreten, die besonders den Verkehr mit dem besetzten Gebiet genau beaufsichtigen sollen. Diese oft angeforderte Einrichtung hängt sich noch auf eine Verordnung der Volksbeauftragten vom 19. November 1918. Sie wird zum größten Teil noch von denselben Persönlichkeiten ausgearbeitet, die während des Krieges die militärisch-politische Überwachung des Postverkehrs nach und vom Ausland innehalten. In eine Aufhebung dieser Postüberwachung kann nach Angabe des Reichsfinanzministeriums erst gedacht werden, wenn an einen Ausbau der Kapitalfluchtbestimmungen herangetreten werden könne. Dieser Ausbau könne erst in Angriff genommen werden, wenn die gesamte Veranlagung zu Steuerzwecken, Vermögensabgabe usw. zu Ende geführt sei, also kaum in absehbarer Zeit.

**Der neue badische Finanzminister.**  
Dz. Karlsruhe, 15. April. Der badische Landtag hat heute an Stelle des zum Reichsfinanzminister ernannten bisherigen badischen Finanzministers Dr. Weich den Staatsrat Abgeordneten Köhler einstimmig zum badischen Finanzminister gewählt.  
Köhler, geboren 1878, ist aus dem mittleren Finanzdienst herbeigekommen und war früher bei der Zoll- und Steuerdirektion tätig. Dem Landtag gehört er seit 1913 an.

**Der griechische Geschäftsträger in Berlin.**  
Dz. Berlin, 14. April. Der neuernannte griechische Geschäftsträger Perikles Koules hat heute dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Köhler sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

**Das Frauenstimmrecht in Belgien.**  
mz. Brüssel, 15. April. Der Senat nahm mit 60 gegen 38 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Gesetzentwurf, betr. das allgemeine Wahlrecht an, der auch den Frauen das Stimmrecht gewährt.

**Einstellung der Zeitungsbetriebe in Budapest.**  
Dz. Berlin, 16. April. Nach dem „A. L. A.“ haben die Herausgeber der Zeitungen in Budapest beschlossen, wegen der hohen Papierpreiserhöhungen die Herausgabe der Zeitungen einzustellen.

**Die Friedensbedingungen Lettlands.**  
Dz. Kopenhagen, 15. April. (Drahtbericht.) Die „Berlingske Tidende“ aus Kowno meldet, bestehen die Friedensbedingungen Lettlands gegenüber Sowjetrußland in folgenden Forderungen: Strategische Garantien, Kriegsschädigung von drei Milliarden in Gold, Rückgabe des weggeführten Eisenbahnmateriale sowie der Maschinen, ferner des weggeführten Eigentums der Banken, für das eine weitere Entschädigung von einer Milliarde in Gold gefordert wird. Außerdem verlangt Lettland einen Anteil an dem russischen Goldbesitz in Lettland und will als Entgelt dafür ihren Anteil an der russischen Staatsschuld übernehmen.

der mit vielleicht die letzte Reismöglichkeit nehmen wird! Weist stollen die Schleichbänder an der Spitze der Kolonne, sie kaufen einen Teil der Fahrplätze auf — in kürzester Zeit sind die 3. und 2. Klasse vergriffen, und bald ist auch die 1. Klasse erschöpft, und ein ganzes Heer von Unbefriedigten muß abziehen. Trunken oder blüht das Gesicht der Wucherer, die die gemästeten Karren oft um den sieben- und achtfachen Preis spielend an den Mann bringen. In Buchs, an der Schweizer Grenze, wo der Andrang der ausländischen Kaufleute besonders groß ist, sollen die Karren sogar auf österreichischem Boden ganz offen versteigert und den Reisenden überlassen werden, und keiner ist da, der dieser geradezu verkehrswirtschaftlichen Einseitigkeit gebieten könnte.  
Ferienreisen, schließliche Geschäfte, Fächerfächern aus dem obdampfbaren Zug gehören in das sagerhafte Gebiet der Vergangenheit. Das Reisen zählt heute in Wien für den, der sich selber keine Fahrkarte erkaufen darf, zu den schwersten Galerienstrafen der Reichsregierung. Und doch, alle Wiener, auch die vielen, die vielleicht durch Jahre nicht mehr werden reisen können, sind glücklich, wenn Jüge, und seien es noch so wenige, aus den Wiener Bahnhöfen fahren. Weist ihnen dadurch doch die Illusion einer Rettung, die schnelle Möglichkeit, dem Elend zu entkommen, wenn es gar nicht mehr zu ertragen wäre, und dem Hungern und Dursten ein Ende zu machen. Es ist wie stilles Rorhrium auf dem Tisch neben dem Krankenbett. Darum wird keine Wohnnahme der Regierung in der leidenden Stadt so furchtbar bitter empfunden wie die Verkehrsperre, die immer wieder, zuletzt im März, wie ein Blüß aus heiterem Himmel auf die gequälten Menschen fällt. In einem Morgenblatt steht es in diesen schwarzen Letztern: am nächsten Tag — ausgerechnet schon am nächsten Tag, fährt der letzte Zug in Österreich — dann liegt der Verkehr auf unbestimmte Zeit völlig still, und die blauen Schienen werden ihren eisernen Ring um die ausgehungerte und verarmte Stadt schließen und keinen mehr heraus lassen.  
Eine unbeschreibliche Panik herrscht überall. Die Bahnhöfe werden gestürmt, aus der Denkerzentrale flutet es ein und aus — der Fahrkartenschalter werden belagert, Schleichbänder umwerben, Ansteller bestellt, die um 150 und 200 Kronen den Paß für den Reisenden halten. Laufende wollen und müssen weg, Laufende müssen bleiben, in den Hotels steigen die Zimmer um 100 Prozent, und bald ist nirgends mehr ein Bett zu haben. So sitzen Frauen und Einzelmische

wie Besorgene hinter Eisenstäben und zählen die Stunden bis zu ihrer Erlösung, während über der herbeidenden alten Kofferreidung wie in früheren glücklichen Zeiten der Frühlingsschimmel lockt und aus den Gärten das blühende, jauchzende Leben quillt.  
S. Schede.

**Residenz-Theater.**  
Und wieder kam, lang und — siegte „Das Glücksmädel“. Otto Schwarz hat mit diesem Volksstück mit Gesehung ins — Schwarz getrossen! In den Volksgeschmack hinein. Als die Sommererente unter Kurt v. Möllendorfer drei Jahren die Reue brachte, herrschte eitel Sonne und Jubel im Hause. Am Samstag war's ein brüllender Sturm, ein Verfallstosen und -rajen. Es wurde aber auch mit aller Hingelung gespielt, gefungen und geknast. Angeseuert durch den Verlust einmal sogar mit zu viel Hingelung „geschoben“. Als aber Herr Wäh im zweiten Akt ein Couplet eigener Dichtung dreingab und die Schieber darin verdarrte, gab es kaum noch ein Helten. Da erhobte das ganze Häufel unter einem Weillst-Orkan. . . Außer Herrn Wäh als alter Schlossermeister tat sich Herr Barnbal als junger Schlossermeister Hempel besonders hervor. Herr Erhart Hardt hatte wegen Andiposition um Nachsicht bitten lassen, aber seine hübschen Stimmgabeln wackeln vollkommen aus. Schon des Antritts-Liebesbrevier mit dem Scherlein „Ja, ja ja“ zwischen ihm und Fräulein v. Winkelnowsky gedieh zu erschütternder Wirkung. Fräulein v. Winkelnowsky bewältigte natürlich mühelos die Partie der Lotte. Aber diese vollere Schärheit sollte nicht eine solche Klein-Büchlein spielen müssen. Fräulein Peters übertraf als Moria. Sie ließ alles Grotzke, alles Entsetzen und gab die Mädchensee mit natürlicher Deutheit, doch auch wieder mit Charme. Eigentlich liegt ihr diese Berliner Pflanz etwas fern, das merkte man so recht an dem Duett: „Woll'n Sie nicht ein kleines bißchen reit zu mir sein? Reit zu mir sein? Reit zu mir sein?“ Wer bis auf den Schieber zog sie sich mit — Anstand aus der Sache. Die Witwe Lammchen von Fräulein Wurm wurde deparis belacht — allein schon die Aufmachung — daß sekundenlang das Spiel unterbrochen werden mußte. Also alles ganz logisch, wie sich's gehört: wenn das Glücksmädel kein Glück hätte, dürfte es auch nicht so heißen. . .  
D. v. M.

Wiesbadener Nachrichten.

Hochschulvorlesungen.

Die Hochschulvorlesungen haben am Samstag mit dem dritten und letzten Vortrag Professor Oudens über Reformen und Revolutionen wieder ihr Ende gefunden. Nach herrschender Charakterisierung der verschiedenen weltgeschichtlichen Umwälzungen ihrem Verlauf nach an den Vortagen soll der letzte Abend in der Hauptsache einer Betrachtung des Abschlusses, zu welcher jede Revolution früher oder später kommen muß. Jede große Revolution echten Charakters müsse sich mit der übrigen Welt auseinandersetzen. Folgerichtig sind daher bis jetzt meist größere Revolten geblieben. Die deutsche Revolution, die den Charakter einer echten weltgeschichtlichen Krise überhaupt nicht besitzt und nicht gewinnen könne, sei nur das Zeitbild einer Krise, deren Auslösung wir noch gar nicht übersehen können. Im umgekehrten Verhältnis zu früheren Revolutionen erhebe sich die Krise als Folge eines großen Krieges. Aus diesem Grund sei auch ein Vergleich der Gegenwart mit den früheren Vorkäufen, die stets nach autoritativer Befestigung der Machtverhältnisse einen konservativen Abschied fanden, nicht so ganz leicht. Inwiefern müsse der Versuch gemacht werden, die deutsche Gegenwart im Vergleich mit den Vorläufern der Vergangenheit zu verorten. Das alte System (vor 1914) habe keineswegs irgend welche revolutionären Momente in sich getragen. Selbst die Sozialdemokratie habe nicht daran gedacht, ihre Forderungen anders als auf dem Wege der Reformen durchzusetzen. Ni seiner sozialen Befestigung sei Deutschland jetzt ein moderner Staat gewesen, als z. B. die baltischen-litauische Republik der benachbarten Staaten. Auch im Krieg habe sich die Leistungsfähigkeit des Staatsapparates zunächst erwiesen. Er durch die langen Kriegsjahre erfolgte Energieverlust, hervorgerufen durch die allgemeine Denaturierung aller Kräfte und verbunden mit der durch die Blockade verursachten wirtschaftlichen Umwälzung, die an sich schon eine Revolution war, seien die revolutionären Kräfte gewickelt und geschwächt, und dem Zusammenbruch dann zu freier Entfaltung zu kommen. Vielleicht wäre es der Umsicht und klugen Energie eines bedeutenden Staatsmannes vom Typ eines Bismarck gelungen, diese Kräfte zu bannen. Wir hätten einen solchen Staatsmann nicht gehabt. Wenn man auf dem Wege habe, das Unheil von uns abzuwenden; er sah aber keine Möglichkeit, das Verhängnis aufzuhalten. Dazu komme, daß sich in der letzten Phase des Sozialismus fortwährend die Kräfte zu einer Zeit widerstanden, die sich nur im gemeinsamen Zusammenarbeiten aller Klassen erträglich gestalten ließen. So kam die Revolution zu uns mit der Niederlage der militärischen Kräfte und der Zerstückelung des Oberbaus unserer politischen Form. Mit ihr setzte die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ein, die keineswegs auf deutschem Boden entstanden wäre, sondern auch anderswo hätte auftreten können, und nicht unbedeutend von dem russischen Beispiel beeinflusst worden sei. Als Staatswesen habe Deutschland einbrechend seiner geographischen Lage innerhalb Europas bisher eine Mittellage in politischer und sozialer Hinsicht eingenommen. Die Mitte aber müsse stark sein, um die an ihren Grenzen befindlichen Gegensätze aufzuhalten. Im Zusammenhang damit müsse auch die Existenzfrage der deutschen Nation überprüft, denn die Gefahr, daß sich die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Proletariat auf dieser Mitte abspiele, und damit Deutschland ähnlichen Zuständen wie zur Zeit des 30jährigen Krieges aussetze, bestehe bei einer Schwächung. Zum Schluß seiner Ausführungen brachte der Vortragende seine persönliche Meinung darüber zum Ausdruck, ob wir hoffen dürfen, wieder anzukommen. Das Alte allein könne uns nicht retten, wenn auch nicht ganz außer acht gelassen werden dürfe, daß wir nur noch darauf stehen, weil die stärksten Kräfte des Alten, wie der Beamtenapparat, noch funktionieren. Aufrecht bleiben, vielleicht auch wieder emporkriechen oder könnten wir nur, wenn wir neue soziale Ideen in uns aufwecken und nach dem Zusammenbruch der sozialen Revolution, deren Tere jetzt geflossen werden müßten, auf dem Wege sozialer Reformen vorwärts schreiten, ein Weg, bei dem sich allerdings die jetzige Generation befrieden müsse, nicht für sich, sondern für die kommenden zu arbeiten. Von besonderer Bedeutung sei hierbei auch die Führerfrage. Der Weg der Deutschen führt durch die Weltgeschichte über Höhen und Tiefen im steten Wechsel, wie bei keinem anderen Volk seit Anbeginn. Wir haben das Glück gehabt, auf der Höhe zu stehen, und sind dann auf die tiefste Tiefe hinabgestürzt worden; wir haben nunmehr die weltgeschichtliche Aufgabe, einen neuen Aufstieg vorzubereiten.

In erlesenen Worten hatte Herr Haerter Bedmann am letzten Abend auf Sinn und Zweck der Hochschulvorlesungen hingewiesen und den Vortragenden für ihre Ausführungen sowie für die Fülle der Anmerkungen, die den zahlreichen Hören damit geschenkt wurden, gedankt. Auch wir können feststellen, daß die dankenswerte Veranstaltung der diesjährigen Hochschulvorlesungen, an der Zahl der Hörer gemessen, ein außerordentlich erfreuliches Resultat gezeitigt hat. Die Teilnehmerzahl wäre vielleicht noch größer gewesen, wenn die Zeit der Vorträge nicht schon in die späten Nachmittagsstunden gesetzt worden wäre. Ob in diesem Fall allerdings ein hinderlich großer Saal zur Verfügung gestanden hätte, ist eine andere Frage. Zu beachten wäre für die Zukunft vielleicht die Einsetzung einer Reihe von mindestens einem Tage nach so schwierigen Themen, wie sie beispielsweise die Relativitätstheorie darstellt. Für solche Fälle, wie die Relativitätstheorie und auch die Kritik des Untergangs des Abendlandes, war auch die überausgehende Mehrzahl der Hörer zu wenig vorbereitet, um von Anfang bis zu Ende mit Interesse bei der Sache sein zu können. Es dürfte sich daher empfehlen, mit dem nächsten ein ausführliches Programm zur Ausgabe zu bringen, das die zu behandelnden Themen kurz erläutert und den Hörern bei schwierigeren Stoffen, die eine besondere wissenschaftliche Schulung voraussetzen, eine kurze Einführung in die Materie gibt.

Erweiterte Zuständigkeit des Amtsgerichts. Von Bedeutung für das Rechtsleben ist das von der Nationalversammlung in der Sitzung vom 30. v. M. angenommene Gesetz, daß die Zuständigkeit für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in zivilrechtlichen Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche von 600 auf 1200 M. erhöht wurde. Das Gesetz ist jetzt in Kraft getreten.

Kollisionsammlung der Handelskammer. Die Handelskammer hat für den 28. April 1920 eine Kollisionsammlung mit nachstehender Tagesordnung in Aussicht genommen: 1. Verhandlungsbericht der letzten Kollisionsammlung. 2. Wahl des Präsidiums und des Kassenvorschalters. 3. Wahl der Ausschüsse. 4. Jahresabrechnung 1918/19. 5. Voranschlag und Handelskammerbeitrag für 1920/21. 6. Anstellung der Beamten und Angestellten der Kammer. 7. Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. 8. Herausgabe eines kaufmännischen Lehrbuchs. 9. Änderung der Satzung der Kollisionsammlung der Handelskammer. 10. Vereidigung von Buchhalterinnen. 11. Beschluß. 12. Verschiedenes. Die Kollisionsammlung wird sich, wie aus der Tagesordnung ersichtlich, in erster Linie mit inneren Angelegenheiten der Kammer be-

fassen, da allgemeine Fragen von Industrie und Handel des Bezirks in letzter Zeit aus verschiedenen Gründen zweckmäßigerweise durch den Wirtschaftsausschuß der Handelskammer behandelt und erledigt worden sind.

Kartoffelbezug. Eine Vorhand- und Kaufschlichtung der Kreisbauernschaft des unbesetzten Teils des Kreises Wetzlar sollte den Beschluß, die Vertreter der Stadt Wiesbaden zu den im Monat Mai stattfindenden Ringelbrotversammlungen einzuladen, um dann schon wegen Lieferung der Speisekartoffeln aus der Ernte 1920 zu verhandeln.

Berlegung des Wohnsitzes des Weinbauaufsichtsamtmanns. Das Kreisamt des Magistrats teilt uns mit, daß der Weinbauaufsichtsamtmann Wagner in Rüdelsheim seinen ständigen Wohnsitz am 7. d. M. nach Geisenheim a. Rh. verlegt hat.

Der Zirkus Hermann Althoff hat auch hier Einkehr gehalten und auf dem Rinderplatz an der Nikolaistraße seine Zelte aufgeschlagen. Bei der Eröffnungsvorstellung am Samstagabend war der große Raum bis auf das letzte Stühlchen ausverkauft, ebenso natürlich bei den beiden Vorstellungen am Sonntag. Der gute Ruf, der dem Unternehmen vorausgeht, spiegelt sich in den Darbietungen wider, die sowohl auf zirkusmäßig wie auf künstlerisch-kabarettischem Gebiet zum größten Teil als nicht zu unterschätzende zu bezeichnen sind. Aus dem reichhaltigen Programm seien zunächst besonders hervorgehoben: Herr Direktor Hermann Althoff jun. mit seinem Pferde- und Komedienensemble, Fräulein Luise Althoff als Solistesse, Frau Marx als Barfotoretterin und ganz besonders die hebenköpfige Reiterfamilie Cardinales, die sich, voll Lust und Genuß nur so in der Manege herumjauch; dann Minnie Wirtows dressierte Elefanten und Josef Pfeifers Wunderbären, letztere als Rad- und Rollschuhfahrer sowie als Hocktanzler, in ihrer Art wirklich ein Wunder der Dressurkunst. Von den Artisten und Akrobaten erregen besonders die an einer elektrisch rotierenden Leiter arbeitenden Casares als berühmte Handhandkünstler, ferner die Pattinier-Gruppe und als Schlussakkord Josef Pfeifer in Loping the loop Saiten und Feuerwerk. Zwischen den einzelnen Programmpunkten, von denen wir nur die hauptsächlichsten erwähnt haben, werden, wie immer, die üblichen Zirkusstücke gemacht, so daß den Besuchern eine sehr abwechslungsreiche Unterhaltung geboten wird.

Festgenommen von der hiesigen Kriminalpolizei wurden drei Leute, welche mit zwei anderen, die inzwischen in Limburg hinter Schloß und Riegel gesetzt sind, in Georgenborn in ein Landhaus eingebrochen waren und sämtliche Wäsche sowie die anderen Gebrauchsgüter gestohlen hatten. Ferner wurde hier eine Frauensperson namens Maria Hild aus Soarbrücken, welche sich hier unter dem falschen Namen Auguste Curdenkamp aus Hamburg herumgezogen und verschiedene Diebstähle verübt hatte, festgenommen.

Einbruch in eine Schule. Während der Nacht vom 7. zum 8. d. M. stochten Einbrecher einer hiesigen Schule eine unangemeldete Visite ab und nahmen mit sich eine Menge, zwei Räder, zwei Koffer sowie eine Anzahl von Weisfäden und Schreibfedern. Ausfall über den Verbleib der Sachen wäre der hiesigen Kriminalpolizei erwünscht.

Postverkehr mit Deutsch-Osterreich und Ungarn. Postanweisungen nach Deutsch-Osterreich sind fortan, wie der Deutsch-Osterreichisch-ungarische Wirtschaftsverband in Berlin mitteilt, wieder bis zu dem Höchstbetrag von 1000 Kronen für die einzelne Anweisung zulässig. Für Postanweisungen aus Deutsch-Osterreich nach Deutschland verbleibt es jedoch einzuwirken bei der Beschränkung des Höchstbetrags auf 60 M. Der gesamte Postverkehr mit dem bisher von den Rumänen besetzten ungarischen Gebieten jenseits der Theiß ist in seinem vollen Umfang wieder aufgenommen worden. Interessanten erfahren Näheres bei der Geschäftsstelle des Deutsch-Osterreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbands, Berlin W. 35, Am Karlsbad 18.

Reiterprüfung. Die Reiterprüfung im Fache der Orthopädie-Reitanut hat Herr Fritz Wagnier, Bandarzt ditz, Friedrichstraße 27, vor der zehnjährigen Reiterprüfungskommission in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Herrn San.-Rat Dr. Otto Groß, Spezialarzt für Chirurgie, bestanden.

Gewerkschaftliches. Die beiden ältesten Organisationen der gewerkschaftlichen Angestellten, Genfer Verband der Hotel- und Restaurant-Angestellten, St. Dreuen, gegründet 1877, und Deutscher Kellnerbund Union Comped, St. Leipzig, gegründet 1878, haben sich am 31. Oktober v. J. in Eisenach unter dem Namen Bund der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten Deutschlands, vormalig Genfer Verband und Deutscher Kellnerbund u. S., auf neuem gewerkschaftlichem Boden wieder verschmolzen. Als Sitz des neuen Bundes ist Leipzig ausersehen. Die beiden bisherigen Jahrbücherungen, „Internationale Hotel-Industrie“ und „Hotel-Revue“, stellen mit dem 1. April 1920 ihr Erscheinen ein und trat an deren Stelle ein einheitliches Organ mit dem Titel „Internationale Hotel-Revue“ in Dresden.

Religiöse Vorträge. Die im März infolge des Eisenbahnstreiks nicht zustande gekommenen Vorträge des Predigers Paul Bohne finden am 20., 21. und 22. April, abends 8 Uhr, im Evange. Vereinshaus (Platz Straße 2) statt. Sie behandeln Fragen, die viele beschäftigen: „Können wir noch an einen Gott der Liebe glauben?“, „Die Ursachen der Abzunahme jetzt das Christentum“, „Der Weg zum Erleben Gottes“. Der Eintritt ist frei.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Residenz-Theater. Wegen pöblicher Heisterheit des Herrn Ehrhart-Dardt gelang heute Montag statt „Das süße Rädel“ „Eine Ballnacht“ zur Aufführung.

Aus dem Vereinsleben.

Der Wiesbadener Männergesangsverein bot seinen aktiven und inaktiven Mitgliedern vorletzten Samstag in der Loge Hohenzollern einen Herrenabend, dem seinem etablierten Charakter wegen der Name Ballabend gegeben war. Mitglieder des Landestheaters waren gebeten worden, die dem Abend eine besondere künstlerische Note gaben. Nach der Begrüßung durch den Vereinsvorsitzenden Beigeordneten Borgmann eröffnete der Dirigent Professor Mannsiedel den Reigen der Vorträge mit der G-Moll-Sonate von Chopin. Vierzig solistisch begabte Sängern der Verein zu seinen Mitgliedern zählen darf, die mit Geschmack ihre Vorträge vorzutragen wissen, davon leute dieser Ballabend wieder einmal beindruckt Zeugnis ab. Die Herren Gabel, Dahmen, Ritter, Roumasse, Kaus, Fischer, Buß und Raumann gaben bemerkenswerte Proben ihrer stimmlichen Fähigkeiten. Stimmlichen Beifall fand Herr Walter Jollin mit dem „Berglieb“ von Wildenbruch und Herr Ripst mit der „Arie“ von Wagner. Später kam auch der „Herrenabend“ zu seinem Recht.

Gerichtssaal.

F.C. Das Urteil eines Schwabacher Juges durch unbefugte Hand. Am 20. Juni v. J. in der frühe Jahre der Zug 1020 in rander Geschwindigkeit durch Station Chaussee, von der Eisenbahn kommend. Kurz vor Station Dogheim gelang es, ihn zu stellen. Der Schwabacher Juge war, die Gefahr erkennend, kurz vor Station Chaussee abgeprungen und hatte sich dabei becart verletzt, daß er kurz darauf verstarb. Der Zug kam von Wiesbaden her. Er bestand aus fünf Wagen. In Langenscheidt erhielt er einen Zuwachs von vier Wagen sowie eine weitere Lokomotive. Dort wurden, wie auf Station Eiserne Hand, die Zugbremsen von dem Zugführer Christian Stein sehr gewissenhaft nachgesehen und in tadelloser Ordnung befunden. Dasselbe konstatierte das Insperpersonal auch auf Station Eiserne Hand. Als dort aber der Zug abgegangen, war er nicht mehr zu halten. Die Bremsen ver-

storten sämtlich und in wilder Jagd ging die Fahrt bergab, bis ein entschlossener Schaffner dem Zug entlang lief und feststellte, daß an einem Wagen der Bahn ein Luftschlauch abgetrennt war. Als dieser Fehler aufgedeckt, stand der Zug in Dogheim, da jetzt die Bremsen wieder funktionierten. Das Schöffengericht Langenscheidt hatte den Zugführer auf § 316 des Strafgesetzbuches wegen Transportgefährdung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt, den mitangeklagten Schaffner Lösch freigesprochen. Heute kam die Sache vor die hiesige Strafkammer. Es wurde festgestellt, daß Stein keine Schuld trifft, da er als pflichtgerechter Beamter seine Schuldigkeit vollst. getan, der Bahn der Bremse aber von unbefugter Hand von der Plattform des Wagens aus während der Fahrt, nachdem der Zug die Station Eiserne Hand passiert hatte, abgestellt worden war. Das Gericht sprach Stein frei dem Antrag des Staatsanwalts gemäß.

Handelsteil.

Rohstoffkredite für die deutsche Industrie.

Die amerikanischen Pläne, welche Gewährung von Rohstoffkrediten an die deutsche Industrie bezwecken, scheinen endlich ihrer Verwirklichung näher zu kommen. In New York wurde nämlich, wie der „Frick. Zig.“ mitteilt, wird, auf Anregung des Herrn Dr. F. H. Hirschland von der Metal-u. Termit Corporation mit einem Kapital von 2 Mill. Dollar eine Gesellschaft gegründet, die einer Reihe von schlesischen Baumwollfabriken die benötigten Rohstoffe auf Kredit liefern soll. Zu den in Betracht kommenden deutschen Unternehmungen gehören u. a.: die Meyer Kaufmann Textilwerke, A.-G. in Tannhausen, die Firmen E. F. Zwanziger u. Söhne in Peterswaldau, Christian Dierig in Oberlangenbielau, Peterswaldauer Baumwoll-Spinnerei. Nach dem Plan der neuen Gesellschaft soll den Rohstofflieferanten ein Rechtstitel für die gelieferten Materialien während des ganzen Produktionsprozesses vorbehalten bleiben unter Mitwirkung eines Treuhänders. Einzelheiten rechtlicher Natur über diese Sicherung werden nicht mitgeteilt. Ergänzend sollen Garantien der Fabrikanten, der Exporteure und Importeure der Fertigung und von erstklassigen deutschen Banken hinzutreten. Die Verschiffung der Baumwolle soll sobald als möglich beginnen. Zwei Millionen Dollar sind allerdings im Verhältnis zu dem deutschen Rohstoffkreditbedarf, besonders in Anbetracht der Preisverhältnisse auf dem Baumwollmarkt, kein sehr bedeutender Betrag; trotzdem ist die Hirschlandsche Neuordnung als erste konkrete rein wirtschaftliche amerikanische Hilfeleistung zu Deutschlands Wiederaufbau auf das lehrhafteste zu begrüßen.

Berliner Börse.

Kurs vom 17. April 1920.

Table with columns: Div., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, Div., and various stock names and prices.

Industrie und Handel.

Zusammenschluß im deutschen Torfhandel. In einer Sitzung des Reichsverbandes Deutscher Braunkohlhändler E. V. und des Zentralverbandes der Kohlhändler Deutschlands, E. V., wurde beschlossen, die Torfhandels-Interessen beider Verbände in Zukunft gemeinsam zu bearbeiten. Zu diesem Zweck wurde der Reichsverband umgebildet in den Reichsverband Deutscher Brenntorfhändler, E. V., Fachgruppe des Zentralverbandes der Kohlhändler Deutschlands. Der Sitz des Verbandes ist Berlin.

Aus der Braunkohlenindustrie. Nach Feststellung des Deutschen Braunkohlenindustrievereins beträgt im März der Förderungsanfall infolge der Unruhen bei den meisten mitteldeutschen Gruben 20 bis 50 Proz.

Die Moritz Precher Nachf. A.-G. in Leipzig schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr 1919 eine Dividende von 12 (i. V. 6) Proz. vor. Gleichzeitig wird die Verdoppelung des Aktienkapitals vorgeschlagen.

Leonhard Tietz, A.-G., Köln. Nachdem dieses Warenhuts-Unternehmen erst im Januar d. J. sein Grundkapital um 10 auf 2.50 Mill. M. erhöhte, hat der Aufsichtsrat beschlossen, zum Zwecke der Verstärkung der Betriebsmittel die weitere Erhöhung um 15, also auf 42.50 Mill. M., vorzuschlagen.

Wetterberichte.

Meteorologische Beobachtungen der Station Wiesbaden. Table with columns for date, time, and various weather measurements like temperature, wind, etc.

Wasserstand des Rheins

Table showing water level of the Rhine at different stations and times.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptverleger: S. Petzsch.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Günther; für den literarischen Teil: A. v. Hauendorf; für den lokalen und provinziellen Teil, sowie Geschäfts- und Handel: M. G.; für die Anzeigen und Reklame: S. Dornauf. Druck u. Verlag der S. Petzsch'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Sprechstunde des Schriftleiters 12 bis 1 Uhr.





